

Immer wieder: Freie Wahlen!

Westmächte geben nicht nach — Voraussetzung für Einheit

Berlin (Eigenmeldung). Die Westmächte haben sich in ihren Bemühungen um freie Wahlen in ganz Deutschland auch durch die letzte Sowjetnote nicht entmutigen lassen, in der das Deutschland-Problem völlig in den Hintergrund gerückt worden war. Sie erklären nach wie vor, daß freie Wahlen der Schlüssel zur Einheit Deutschlands sind und die immer wieder von den Sowjets gewünschte Reihenfolge: Friedensvertrag — gesamtdeutsche Regierung — Wahlen unannehmbar sei.

Die Westmächte werden die Sowjetunion erneut zu einer Konferenz über die Deutschland-Frage einladen. Sie soll im November in Lugano stattfinden, nachdem die Sowjetunion die Einladung zu einer Deutschlandkonferenz nach Lugano am 15. Oktober nicht beachtet hat. Zuvor werden die Außenminister der Westmächte sich in dieser Woche in London zu einer Konferenz zusammenschließen.

Der Kampf um freie Wahlen in ganz Deutschland wird von der Bundesregierung, den Westmächten und nicht zuletzt der Bevölkerung der Sowjetzone und Ostberlins nun seit Jahren geführt. Die einzelnen Noten und Forderungen sind kaum noch zu zählen. U. a. hatte die Bundesregierung Pankow bereits am 23. 3. 1950 vorgeschlagen, unter internationaler Kontrolle freie Wahlen für eine Nationalversammlung abzuhalten, die dann die Verfassung entwerfen sollte. Seither hat die Bundesregierung die Forderung nach freien Wahlen ständig wiederholt — und Pankow lehnte sie immer wieder ab. Im Oktober 1950 griff zum erstenmal die Bevölkerung Ostberlins aktiv ein: Von 951 500 Lebensmittelkarten-Empfängern des Ostsektors schickten unter persönlicher Gefahr 390 302 ihre Stammabschnitte nach Westberlin zum Zeichen ihrer Forderung, in Gesamtdeutschland oder mindestens in ganz Berlin freie Wahlen abzuhalten.

Anfang 1952 begann der große Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, der deutlich zeigt, wer wirklich die Einheit Deutschlands wünscht:

25. 3. 1952: Die Westmächte schlagen der Sowjetunion vor, eine internationale Kommission der UN in ganz Deutschland die Voraussetzungen für eine freie Wahl prüfen zu lassen.

Eine gesamtdeutsche Regierung könne „nur auf der Basis freier Wahlen in der Bundesrepublik, der sowjetischen Besatzungszone und Berlin gebildet werden.“

Das war die Antwort auf eine sowjetische Note vom 10. 3., in der Moskau vorgeschlagen hatte, „die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland unter direkter Teilnahme einer gesamtdeutschen Regierung“ zu erörtern“.

Von Wahlen zu dieser Regierung hatte die Note nichts erwähnt.

9. 4. 1952: Die Westmächte machen Vorschläge für die Aufstellung einer unparteiischen Prüfungskommission und bitten die Sowjetunion, ihrerseits Vorschläge zu machen, falls sie nicht einverstanden sein sollte.

24. 5. 1952: Die Antwortnote der Sowjetunion erwähnt die Frage gesamtdeutscher freier Wahlen mit keinem Wort, schlägt aber wiederum vor, mit Verhandlungen über den Frie-

densvertrag und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu beginnen.

Zu gleicher Zeit wird die berüchtigte Sperrzone entlang der Zonengrenze angelegt.

10. 7. 1952: Die Westmächte betonen in einer neuen Note zum dritten Mal, es gehe darum, „die Aufmerksamkeit in erster Linie auf das unmittelbare praktische Problem des Verfahrens für die auf Grund freier Wahlen zu erfolgende Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, mit der über einen Friedensvertrag verhandelt werden kann“, zu konzentrieren. Eine Viermächtekonferenz solle darüber beraten.

23. 8. 1952: Moskau läßt in seiner Antwortnote jetzt den früheren Vorschlag, eine gesamtdeutsche Regierung an Friedensvertragsverhandlungen teilnehmen zu lassen, völlig unberücksichtigt. Es schlägt statt dessen vor, erst über den Friedensvertrag zu verhandeln, dann eine Regierung zu bilden und erst zum Schluß zu wählen.

Wenn man auf Wahlen und eine Regierung warten wolle, so wird zynisch erklärt, werde der Friedensvertrag „für unabsehbar lange Zeit“ aufgehalten.

23. 9. 1952: Die Westmächte stellen in einer vierten Note fest, die Hoffnung, daß die Sowjetnote einen Fortschritt in Richtung auf die unabdingbaren gesamtdeutschen Wahlen bringen werde, habe sich nicht erfüllt. Die Sowjetunion habe die Wahlfrage vielmehr in den Hintergrund geschoben. Sie stellen fest:

„Nur eine frei gewählte deutsche Regierung kann den Friedensvertrag annehmen!“

(Fortsetzung Seite 3)

Neue Aktivität

Nach der sehr negativen Sowjetnote zum Thema Außenministerkonferenz sind in der westlichen Politik keinerlei Ermüdungserscheinungen festzustellen. Wenn Moskau bezweckt haben sollte, die Westmächte in der Deutschlandfrage zum Resignieren zu bringen, so ist das mißlungen. Das ist um so erfreulicher, als dadurch auch klar wird, daß die Initiative in der Ost-West-Auseinandersetzung ganz eindeutig beim Westen liegt. Die Aktivität zwischen Washington, Paris und London (sie erstreckt sich bis nach Bonn, wo Adenauer mit den Oberkommissaren konferierte) wird zunächst gekennzeichnet durch die Beratungen über eine neue Note an Moskau. Daneben ist man sich aber darüber klar, daß mit der Fortsetzung des schon üblich gewordenen Notenaustausches um eine Außenministerkonferenz lediglich der Kontakt mit Moskau gewahrt bleibt. Um jedoch praktischen Lösungen näherzukommen, heißt es, neue Mittel und Wege ersinnen.

Konkrete Abmachungen

Churchills alter Plan eines Vierertreffens auf „höchster Ebene“ ist wieder in aller Munde. Churchill selbst soll neuerdings dazu neigen, ein solches Gespräch der vier großen Staatschefs weniger unverbindlich durchzuführen. Dem hinter allem Unverbindlichen eines reinen Gedankenaustausches muß das Konkrete sichtbar werden. Eine Zusammenkunft mit Malenkow, ohne damit konkrete Aussichten zu erzielen, könnte die verstrickte Ost-West-Situation nur noch mehr komplizieren. Vielleicht wäre tatsächlich eine Konferenz auf höchster Ebene, aber unter Beteiligung von Fachberatern ein Ausweg.

Moskau müßte reagieren

Zu diesen Überlegungen kommt der alte Vorschlag Churchills, mit den Sowjets einen Sicherheitspakt einzugehen. Ein Vorschlag, der in ähnlicher Form von Adenauer und kürzlich von dem demokratischen US-Präsidentenwahlkandidaten Stevenson aufgegriffen wurde und offensichtlich auch Eisenhower beeindruckt. Daß man hierüber zu

einer Einigung innerhalb des Westens kommen kann, ist durchaus denkbar. Vielleicht werden Eisenhower, Churchill und Laniel selbst die Koordinierung der Standpunkte vornehmen, wenn sie sich tatsächlich noch im Oktober treffen sollten. Die Sowjets haben im Sommer empfindlich reagiert, als die Westmächte gemeinsam ihren Standpunkt vor einer Viererkonferenz festlegten. Aber wenn jetzt die Westmächte gemeinsam den Vorschlag für einen Sicherheitspakt ausarbeiten, so müßte Moskau das als eine „Friedensoffensive“ begrüßen, falls es sich tatsächlich durch EVG und Atlantikpakt so bedroht fühlt, wie es immer vorgibt.

Schöpferische Ideen!

Gewiß hat die Welt im Laufe der jüngeren Geschichte schlechte Erfahrungen mit Sicherheitsgarantien und Nichtangriffspakten gemacht. Hitler und Stalin haben solche Pakte gebrochen. Das darf und braucht aber nicht daran zu hindern, sich um Abmachungen zu mühen, die so gehalten sind, daß sie tatsächlich funktionsfähige Garantien darstellen und mehr bedeuten als ein Stück Papier. Mit den alten, übernommenen Methoden der längst zu Grabe getragenen diplomatischen Gepflogenheiten wird da nicht viel zu machen sein; die Erstarrung der Diplomatie, die sich in dem jahrelangen Ost-West-Konflikt so unheilvoll erweist, wird endlich überwunden werden müssen durch schöpferische Ideen. Das ist leicht gesagt, aber es muß als Mahnung gesagt werden, damit der Glaube an eine Lösung der Konflikte auf echtem Verhandlungswege bestehen bleibt.

Verfehlt Politik

Wenn dieser Glaube aber nicht zerstört werden soll, so haben sich zunächst die Sowjets umzustellen. Das heißt: Wenn der Westen konkrete Vorschläge in der Sicherheitsfrage unterbreiten wird, darf Moskau nicht wieder in Polemik, in unsachliche Theorien und prinzipielles Mißtrauen ausweichen, wie das bisher in der leidigen Notenauseinandersetzung um das Deutschlandproblem der Fall war. Das Schreiben Semjonows an die Oberkommissare, in dem er die

Beseitigung der elenden Interzonenpässe ablehnte, ist wiederum typisch für dieses destruktive Taktieren. Semjonow geht es dabei nicht um die Interzonenpässe, es geht ihm um ein Verhandeln zwischen Bonn und Pankow. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Überlegung, daß die beiderseitigen offiziellen Beauftragten für den Interzonenhandel auch über die Beseitigung der Interzonenpässe beraten könnten, wobei der Verhandlungsablauf sehr einfach wäre, da es ja sachlich nichts zu verhandeln gibt, sondern auf beiden Seiten der Abschaffung der Pässe nur zugestimmt werden braucht. Semjonow allerdings will die „Herstellung eines Kontaktes zwischen den beiden Regierungen“ — ein Ausweichen vom Praktischen in die Utopie, da es einen politisch diplomatischen Kontakt mit dem Zonenregime nicht geben kann aus Gründen, die allgemein bekannt sind, auch in der sowjetischen Botschaft Unter den Linden. Es wird wesentlich darauf ankommen, ob Moskau erkennt, daß seine Politik des Ausweichens in die Unsachlichkeit verfehlt ist, weil die westliche Welt darin entweder ein Zeichen sowjetischer Schwäche sehen muß oder einen Beweis für die Halsstarrigkeit und für Mangel an gutem Willen.

Frankreich ratifiziert EVG

Den Haag (DPA). Der stellvertretende französische Ministerpräsident Teilgen versicherte auf dem zweiten Kongreß der Europäischen Bewegung im Haag, er sei davon überzeugt — „ich wäge meine Worte wohl ab“ —, daß das französische Parlament in einigen Wochen den EVG-Vertrag ratifizieren wird.

„Die Bedeutung dieses Vertrages ist für Frankreich sehr groß“, sagte Teilgen. „Seien Sie aber unbesorgt, Frankreich hat gut nachgedacht und fast eine Entscheidung gefällt.“

Der Kongreß der Europa-Bewegung verabschiedete einstimmig die Schlußresolutionen, in denen die Ratifizierung des EVG-Vertrages, die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft mit einer internationalen Exekutive und einem europäischen Parlament sowie ein gemeinsamer Markt gefordert werden.

Freie Wahlen!

(Fortsetzung von Seite 1)

Im Sommer 1953 beginnt der Kampf um die freien Wahlen in einem internationalen Notenwechsel von neuem. Er wird ausgelöst durch den Volksaufstand der Sowjetzone und Ostberlins vom 17. Juni. Die Forderung nach freien Wahlen, die die Bevölkerung dort auf den Straßen hinaus schrie, blieb im Westen nicht ungehört. Man beschloß, diese berechnete Forderung mit allen Mitteln zu unterstützen.

15. 7. 1953: Die Westmächte fordern die Sowjetunion auf, auf einer Konferenz der Außenminister die Voraussetzungen für freie Wahlen in ganz Deutschland zu besprechen.

5. 8. 1953: Die Sowjetunion nimmt zwar den Vorschlag zu einer Konferenz an, versucht aber, das Deutschland-Problem in den Hintergrund zu schieben: Zuerst müßten internationale Probleme und die Lage in Asien erörtert werden. Daß eine gesamtdeutsche Regierung aus freien Wahlen hervorgehen und an den Friedensvertragsverhandlungen teilnehmen soll, wird mit keinem Wort erwähnt.

16. 8. 1953: Eine zweite, nachfolgende Sowjetnote bezeichnet dann zwar die Frage freier Wahlen als „eine der Hauptfragen“, stellt aber die alte Reihenfolge auf: „Die Parlamente der DDR und der Bundesrepublik sollen unter breiter Beteiligung der demokratischen Organisationen eine provisorische deutsche Regierung bilden.“ Die Note ist völlig unklar.

2. 9. 1953: Die Westmächte schlagen zur Regelung der Deutschland-Frage eine Viererkonferenz am 15. Oktober in Lugano vor. Die Konferenz soll sich auf die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen konzentrieren.

Die letzte Sowjetnote hat darauf wiederum keine klare Antwort gegeben. Über freie Wahlen hieß es darin ganz nebenbei, sie seien eine „rein innerdeutsche Angelegenheit“.

Daß die Westmächte sich damit nicht zufriedengeben, sondern weiter für gesamtdeutsche Wahlen eintreten, wird nun ihre nächste Note zeigen.

Festgäste in Fesseln

Da die von den Sowjets geschaffene Gegenwart der Zone so ungeeignet ist, deutsche Sympathien für Moskau zu werben, macht man drüben wieder einmal einen sentimental Griff in die Andenken-Kiste der Vergangenheit: Man feiert den bevorstehenden 140. Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig. Alle fortschrittlichen Menschen, so heißt es in einer Anweisung des sowjetdeutschen Volksbildungsministeriums an die Schulen, müßten sich an diesem Tag an die „entscheidende Mitwirkung des russischen Volkes bei der Befreiung Deutschlands erinnern“.

Man soll gewiß die Erinnerungstage großer Geschichte nicht vergessen, aber man soll, da die Geschichte sehr wechselreich ist, zugleich unterlassen, aus ihr wertbeständige Gefühle abzuleiten. Genau hundert Jahre nach der Völkerschlacht nämlich war das zaristische Rußland gegen Deutschland mit Frankreich verbündet, dessen napoleonische Macht von den Russen und Deutschen bei Leipzig gemeinsam niedergeworfen worden war. Heute noch, da die Sowjetunion sich als den „besten Freund Deutschlands“

rühmt, ist sie gegen eben dieses Deutschland mit Frankreich durch einen Beistandspakt verbunden, während zugleich enge militärische Bindungen zwischen Frankreich und Deutschland in der EVG wenigstens vertraglich bereits festgelegt sind. Am Gedenktag der Völkerschlacht von Leipzig: Wer soll hier was feiern — mit einem in die Gegenwart übertragene aktuellen Akzent?

Heute jedenfalls zählen die Fronten von heute. Mit tendenziösen Erinnerungsfeiern kann man selbst sentimentale Schwärmer nicht auf die Straße locken. Erst recht weigern sich die sehr realistischen Deutschen der Zone, Festgäste in Ketten zu sein zu Ehren derer, die vor 140 Jahren zwar die Verbündeten ihrer Urgroßväter gewesen sind, aber heute sie selbst und ihr Land gewaltsam beherrschen, überfremden und bis zum totalen Verlust der Freiheit niederhalten. Das ist der reizende Hintergrund, den die Gegenwart der kommunistischen Bühne liefert, auf der in den nächsten Tagen die „Befreiung Deutschlands“ durch die russische Mitwirkung an der Leipziger Schlacht gefeiert werden soll.

Auftakt in Bonn

Mit 304 von 466 abgegebenen Stimmen wurde Konrad Adenauer zum Bundeskanzler wiedergewählt. Das ist eine an die Zweidrittelmehrheit dicht heranreichende Stimmenzahl, anders als die Mehrheit der einen und einzigen Stimme, mit der er vor vier Jahren zum ersten Male gewählt worden war. Der nach Neuwahlen fällige Regierungswechsel ist also dieses Mal unter gleicher Führung nur ein Wechsel zu größerer Mehrheit und Stabilität.

Es wird in dieser neuen Regierungs- und Parlamentsperiode eine klare Trennung zwischen Regierung und Opposition, doch hoffentlich zwischen ihnen nicht jene Feindschaft geben, die den ersten Bundestag so sehr belastete. Was wir nicht entbehren können, das ist die sachliche Spannung verschiedener Standpunkte. Es wird immer Fragen geben, in

denen eine natürliche Verschiedenheit der Meinungen die Möglichkeiten einer Übereinstimmung überwiegt. Andere Fragen dagegen, insbesondere die des außenpolitischen Weges zu gemeinsamen nationalen Zielen, machen eine Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig. Immer aber muß es eine lebendige parlamentarische Diskussion geben, in der um diesen Weg und auch über unlösbare Gegensätze mit Abstand gerungen wird.

Es ist deshalb gut, daß der wiedergewählte Präsident des Bundestages in einer Rundfunkansprache vor einer falschen Einmütigkeit warnte. Wir kennen die trügerische Einmütigkeit in Berlin aus nächster Nähe. Sie ist der Tod der Demokratie, Ausdruck abgewürgten Lebens.

„Politik der Einheit wird fortgesetzt“

Fast Zweidrittel-Mehrheit für Adenauer — Wiederwahl zum Bundeskanzler

Bonn (Eigenmeldung). Der zweite deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche seine Arbeit aufgenommen. Er hat Dr. Adenauer mit einer Mehrheit von fast zwei Dritteln wieder zum Bundeskanzler gewählt. 305 Abgeordnete aus der CDU/CSU, FDP, DP und dem gesamtdeutschen Block (BHE) gaben ihre Stimme für ihn ab. 148 Abgeordnete stimmten mit Nein, 14 enthielten sich der Stimme. Damit wird Dr. Adenauer wie in den ersten vier Jahren der Bundesrepublik Deutschland auch künftig als Regierungschef die Politik bestimmen und verantworten. Von den 22 Berliner Abgeordneten, deren Stimmen nicht gewertet werden, gaben je elf ihre Stimme für beziehungsweise gegen Dr. Adenauer ab. Die Bundestagssitzung fand unter starkem Interesse der Öffentlichkeit statt.

In einer ersten Erklärung unmittelbar nach seiner Wahl versicherte der Kanzler, daß er die Politik der europäischen Verständigung und der Einheit Deutschlands fortsetzen werde. Das sei auch die beste Gewähr, den Deutschen in der Sowjetzone die Freiheit zu geben.

Dr. Adenauer konnte zwar keine formale Zweidrittel-Mehrheit erreichen. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß er nicht mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Falle notwendig werdender Verfassungsänderungen rechnen könne. In Bonn wird angenommen, daß eine Zweidrittel-Mehrheit, das heißt 325 von 487 Stimmen, im Falle des Verteidigungsbeitrages erreicht werden kann, zumal sich der BHE bereits für die Verträge ausgesprochen hat.

Drei Tage vor der Wahl des Kanzlers hatte der Bundestag

das Bundestagspräsidium gewählt. Der Präsident des ersten Bundestages, Dr. Hermann Ehlers (CDU), wurde in geheimer Abstimmung mit 467 von 499 Stimmen wiedergewählt. Einstimmig gewählt wurden die drei Vizepräsidenten Prof. Carlo

Schmid (SPD), Dr. Richard Jäger (CSU) und Dr. Schäfer (FDP).

In seiner Antrittsrede begrüßte Bundestagspräsident Ehlers besonders die Berliner Abgeordneten, die den Bundestag ständig an seine Pflicht zum Kampf um die Wiedervereinigung erinnerten. Dieser Bundestag und das ganze deutsche Volk dürften nicht ruhen, bis die unheilvolle Spaltung überwunden sei.

Die Alterspräsidentin Dr. Lüders, Berlin, bezeichnete die Wiedervereinigung Deutschlands als wesentlichen Beitrag zum Frieden der Welt. Dr. Lüders sprach die Hoffnung aus, daß der nächste Alterspräsident den Reichstag in Berlin werde eröffnen können. (Siehe auch S. 8)

Lebensmittelspende zu Weihnachten?

Berlin (Eigenmeldung). Während der jetzt abgeschlossenen zweiten Lebensmittel-Spendenaktion sind rund 2,68 Millionen Einheiten ausgegeben worden. Bei der ersten Aktion wurden 2,87 Millionen Spenden verteilt. Die 14 Ausgabestellen sind aufgelöst worden. Das Karteimaterial wurde bis zu seiner Vernichtung so in Gewahrsam genommen, daß keine Nachteile für die Empfänger aus dem

Ostsektor und der Zone entstehen können.

Zur Zeit finden Verhandlungen statt über eine erneute Ausgabe von Lebensmittelspenden zu Weihnachten.

Wettbewerb der Hilfe

Berlin (DPA/AP). Amtliche Stellen und Verbände der Bundesrepublik und West-Berlins wetteifern noch immer in dem Bemühen, den entlassenen Kriegsgefangenen die Rückkehr in das normale Leben zu erleichtern. Die Caritas will ihre Kriegsgefangenen-Betreuung verstärken und allen Heimkehrern möglichst mit ihren Ehefrauen einen Erholungs-aufenthalt vermitteln. Die niedersächsische Landesregierung beschloß, einen Sonderfonds für die neuen Heimkehrer einzurichten.

In Berlin geben der Verband der Heimkehrer, Jenaer Str. 7, Telefon 85 40 70, und die Zentrale Auskunftsstelle für Heimkehrer beim Senator für Sozialwesen, Fehrbelliner Platz 4, Zimmer 2134 und 2022, Telefon 87 05 91, den Heimkehrern jede Auskunft und Hilfe. Kriegsgefangene, die sich innerhalb von zwei Monaten nach der Entlassung aus der Gefangenschaft melden, fallen unter das Heimkehrergesetz und erhalten alle Vergünstigungen.

Erklärung des US-Außenministers

Washington (DPA/AP). US-Außenminister Dulles gab bekannt, daß die Regierungen der USA, Großbritannien und Frankreichs zur Zeit über Sicherheitsgarantien gegenüber der Sowjetunion beraten. Die USA verhandeln bereits mit der Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich im einzelnen über die Möglichkeit derartiger Garantien.

Dulles betonte jedoch, daß Amerika eine Sicherheitsgarantie nur abgeben werde, wenn die Sowjetunion zuvor Beweise ihres guten Willens gezeigt habe. Man werde niemals etwas für Versprechungen aufgeben, wenn man nicht ganz genau wisse, daß diese Versprechungen auch vertrauenswürdig seien.

Dulles betonte weiter, daß

nicht an einen umfassenden Sicherheitspakt gedacht sei, der grundsätzlich die Grenzen des sowjetischen Machtbereiches garantiere. Es sei den USA unmöglich, ein Abkommen zu unterzeichnen, das die kommunistischen Regierungen in den Ländern Osteuropas und des Balkans legalisiere.

Europapaß Nr. 1

Den Haag (DPA). Paul Henri Spaak ist der erste europäische Bürger geworden. Er erhielt am Donnerstag auf dem Kongreß der Europäischen Bewegung im Haag den Paß Nummer 1 der Europäischen Montangemeinschaft. Damit kann er sich in den sechs Ländern der Europäischen Montangemeinschaft frei bewegen.

Die neue „Spionitis“ der SED

Zuchthaus-Urteile als Propaganda-Coup — Wer kann die Schuld bezahlen?

Unter den Propagandathemen, die der Ostpresse gestellt wurden, ist zur Zeit eines für die SED-Regierung von hochpolitischer Dringlichkeit: Die kommunistische Presse muß den Nachweis führen, daß ein unübersehbares Heer von Spionen und Saboteuren gegen die Sowjetzone in Bewegung gesetzt wird und daß diese „Fünfte Kolonne“ von Westberlin aus ihre Weisungen erhält. Nachdem eine gleichartige Kampagne vor anderthalb Jahren gescheitert ist, fährt die SED diesmal mit einer Reihe von Prozeßberichten auf, die aufhorchen läßt. Den Beobachter, der die Zusammenhänge kennt, packt Entsetzen, wenn er liest, daß die SED in diesem Propagandafeldzug ein Zuchthausurteil nach dem anderen und sogar Todesurteile fällen läßt.

Welcher Zweck wird nun mit diesen Veröffentlichungen verfolgt und was steckt hinter der „gewaltigen, gegen die DDR gerichteten Spionage- und Diversionstätigkeit“? Es gibt drei Faktoren, die für die Beurteilung wichtig sind.

Erstens: Die SED kann der Bevölkerung nicht länger verschweigen, daß die Wirtschaft der Zone am Zusammenbrechen ist. Folglich erfand sie die Parole: Saboteure und Diversanten haben den Aufbau unserer Wirtschaft gehemmt. Und damit ihr glaubt, daß es diese Saboteure und Diversanten auch wirklich gibt: Hier sind sie, in der Zeitung steht ihr Prozeß!

Ablenkungsversuche

Zweitens: Nach dem Ergebnis der Bundestagswahl ist die Westpolitik der SED lahmgelegt. Der Kampf mit politischen Spielregeln ist für die Kommunisten aussichtslos, also beginnt das alte Spiel der Komintern: Versuch einer Masseninfiltration von Agenten in das für die Politik verlorene Gebiet und Entfaltung einer immensen Spionage- und späteren Sabotage-tätigkeit. Von dieser eigenen Spionagetätigkeit abzulenken, muß daher eine der Hauptaufgaben kommunistischer Propaganda sein. Und was läge näher, als dem Gegner gerade das zuzuschreiben, was man selber tut?

Drittens und letztens: Der Angelpunkt kommunistischer Bemühungen ist und bleibt Westberlin. Diese Stadt durch Gewalt und Terror kleinzukriegen, ist nicht gelungen. Also muß man behaupten, Westberlin sei keine „richtige“ Stadt, sondern

eben ein „Spionagezentrum“. Deshalb fehlt in keinem dieser seltsamen „Prozesse“ das Wort „Westberlin“.

Superlative — ohne Beweise

Wer aufmerksam die Veröffentlichungen über derartige Prozesse verfolgt, findet ständig Superlative wie „verbrecherisch-ehrloses Rattenmest“, „hunds-föttische Banditen“ und dergleichen mehr, aber vergeblich sucht er nach einem Beweis für diese Behauptungen. Dinge werden ausgewalzt, die, aufmerksam gelesen, ob ihrer Geringfügigkeit verblüffen.

Ein Lehrer, der z. B. mit den Lehrplänen seiner Klasse durch Westberlin fährt, muß laut SED-Presse die Absicht haben, diese dem Secret Service zu verkaufen. Was sollen westliche Geheimdienste mit so banalen Unterlagen, wie sie in den Ostprozessen eine Rolle spielen? Flüchten nicht täglich so viele Funktionäre aus allen Stellen und Verwaltungen nach dem Westen, die ganz andere Dinge erzählen können?

Erkauftes Geständnis

In Rostock wurde ein Bezirksratsangestellter im Frühjahr wegen Fälschung von Benzinmarken verhaftet. Vor Gericht „gestand“ er, drei Jahre lang als Mitarbeiter einer amerikanischen Nachrichtenstelle organisierte Sabotagetätigkeit getrieben zu haben. Acht Jahre Zuchthaus verhängte das Gericht. Nach einem halben Jahr ging der Verurteilte nach Hause. Die Gefahr, daß er nach Westberlin, zu seiner „amerikanischen Dienststelle“ flieht, scheint gering. Denn erstens arbeitet er inzwischen für den SSD und zwei-

tens hat er in seinem Leben noch keinen Amerikaner kennengelernt. Für das „Geständnis“ vor Gericht durfte er sogar seine Wohnung behalten, die er sich von gefälschten Benzinmarken eingerichtet hat.

Seltsame Funktrupps

Aber nicht jeden Tag findet die SED für ihre Politik einen Benzinfälscher. Hunderte von Bürgern der Zone, die sich am 17. Juni gegen die SED auflehnten, werden jetzt in die Keller des SSD gezerrt und unter den sinnlosesten Anschuldigungen vor ein Gericht gestellt, zu dem niemand Zutritt hat. Die Praktiken der dabei anfallenden „Geständnisse“ waren allerdings schon vor dem Bestehen der SED bekannt. Nur die Übung ihrer Meister fehlt den Lehrlingen des SSD: zu plump und oftmals lächerlich wirken die in solchen Prozeßberichten geschilderten Fakten!

Da arbeiten Funktrupps in Kötzschenbroda für den XYZ-Geheimdienst! Warum nicht gar? Wo man von Kötzschenbroda in drei Stunden mit dem Fahrrad nach Westberlin fahren kann.

Da sollen wieder einmal Züge in die Luft gesprengt, das Autobahnplaster aufgerissen werden! Dabei verunglückt alle paar Wochen in der Zone eine Lokomotive, weil niemand die Weichen repariert. Und wer die ostzonale Autobahn befährt, kennt die permanenten Pflasterarbeiten, die den Fahrer zu dauerndem Fahrbahnwechsel zwingen. Die ökonomische Unfähigkeit der SED sabotiert sich selbst.

Den „Kommunisten ist es bis heute nicht gelungen, den Juni-Demonstranten westliche Agentendienste nachzuweisen. Denn in einem 18-Millionen-Land hat es noch niemals 15 Millionen Agenten gegeben. Das wagt selbst die SED nicht zu behaupten. Sie wird ihre Propagandakampagne von der „Spionitis“ über kurz oder lang wieder abbrechen, aber wer bezahlt die bis dahin entstandene furchtbare Schuld? Die Wahnsinns-Urteile gegen „Spione“, die niemals Spione waren?

Wenn ein Dorf zusammensteht...

Piskowitz gab nicht nach — Bedenkzeit für Staatsanwalt

Altes Bauernland und die fruchtbarste Gegend von Sachsen ist die Lommatzcher Pflege westlich von Meißen. Dort liegt auch das Dorf Piskowitz, dessen Bauern der SED eine energische Lehre erteilt haben. Ein Rechtsanwalt, der jetzt nach Berlin flüchtete, hat die Geschichte berichtet, wie die Bauern von Piskowitz die Bäuerin Margarete M. wieder aus dem Zuchthaus holten...

Alein hatte Margarete M. ihren 56 Hektar großen Hof bewirtschaftet. Als es zu einem geringen Ablieferungsrückstand kam, wurde sie auf Betreiben der SED am 9. März 1953 als „Großbäuerin“ verhaftet. Am 28. April stand sie als Wirtschaftsverbrecherin vor dem Kreisgericht Meißen. Der Volksstaatsanwalt Brendel beantragte drei Jahre Zuchthaus. Das Urteil sollte zwei Tage später verkündet werden, 24 Stunden später legten die Bauern von Piskowitz dem Gericht eine mit 240 Unterschriften versehene Bittschrift vor: „Wir, die unterzeichneten Einwohner von Piskowitz, beantragen hiermit beim Kreisgericht Meißen die Freisprechung der Frau M., weil wir sie nicht für schuldig halten.“

Trotzdem wurde Frau M. zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt erklärte, die Bittschrift der Piskowitzer beweihe nur, daß die Bevölkerung die Richtigkeit des Urteils nicht einsehe. Deshalb werde das Gericht zu einem Justizausspracheabend nach Piskowitz kommen.

Das wurde ein munterer Abend am 15. Mai im Dorfgasthof. Die empörten Bauern schimpften so laut, daß Richter und Staatsanwalt sich kaum Gehör verschaffen konnten. Vor den Fenstern erklangen Sprechchöre.

Als Sündenbock suchte die SED sich zunächst den Rechtsanwalt der Frau M. und beschuldigte ihn, die Bittschrift veranlaßt und damit „den Frieden des deutschen Volkes gefährdet“ zu haben. Als bald darauf der „neue Kurs“ eingeführt wurde, ließ man ihn nach vielem Hin und Her aber wieder frei.

Aber Margarete M. saß noch im Zuchthaus. Worauf zehn Piskowitzer Bauern zum Kreisgerichtsdirektor gingen und erklärten, der Ministerrat habe die Nachprüfung aller ungerechten Urteile angeordnet; deshalb müsse Margarete M. freigelassen werden. Volksrichter Gratzl, peinlich berührt, schickte die Delegation zur Staatsanwaltschaft.

Der Staatsanwalt machte Ausflüchte: die Entscheidung liege in Dresden, aber er hoffe, in wenigen Tagen Bescheid zu erhalten. Die Bauern gaben ihm acht Tage Zeit: „Sonst kommen wir wieder — aber zu hundert Mann.“

Noch in der gleichen Woche wurde Frau M. entlassen. Auf einem blumengeschmückten Wagen holte die Gemeinde sie ab.

Westberliner Grenzbahnhöfe bewacht

Berlin (Eigenmeldung). Die Westberliner Grenzbahnhöfe werden künftig stärker als bisher von der Westberliner Polizei überwacht. Anlaß zu dieser Maßnahme war ein Zwischenfall, der sich auf dem Grenzbahnhof Staaken ereignete. Die Volkspolizei veranlaßte dort den Stationsvorsteher, einen bereits auf Westberliner Gebiet eingefahrenen S-Bahn-Zug zurück in die Ostzone fahren zu lassen. Dann durchsuchte die Volkspolizei die Abteile nach zwei Flüchtlingen, die sie in dem Zug vermutete. Sie fand aber niemand.

Die Transportabteilungen der britischen und amerikanischen Besatzungstruppen haben angeordnet, daß, falls sich ein solcher Vorfall wiederholt, die Polizei den Stationsvorsteher zur Verantwortung ziehen soll.

Gründungs-Fete mit Störungen

Zwischenfälle am 7. Oktober — Man feierte in Westberlin

Berlin (Eigenmeldung). Die von Pankow befohlene „Festfreude“ zum vierten Jahrestag der Gründung der Sowjetzonen-Regierung am 7. Oktober ist nicht so programmgemäß abgelaufen, wie die SED es gewünscht hatte. Die Bewohner Ostberlins benutzten den arbeitsfreien Tag nicht, um für Pieck zu jubilieren, sondern fuhren nach Westberlin.

Hauptanziehungspunkt war die Industrie-Ausstellung am Funkturm, die mit 85 000 Besuchern (davon 55 000 aus der Zone und Ostberlin) ihren Rekordtag hatte. Den ganzen Tag über mußten 32 Kassen in Betrieb gehalten werden, um den Andrang zu bewältigen. Andere Bewohner der Zone fuhren zu den Lebensmittel-Ausgabestellen, die 40 000 Pakete — fast doppelt so viel wie an den Tagen vorher — verteilten. Schon am frühen Morgen herrschte an den Westberliner Grenzen lebhafter Fußgängerbetrieb und die Fernzüge aus der Zone nach Berlin waren überfüllt.

In der Sowjetzone selbst kam es zu zahlreichen Zwischenfällen. In mehreren großen Städten waren öffentliche Gebäude mit

Parolen beklebt worden, die freie Wahlen forderten. Als Vopos die Zettel entfernen wollten, kam es zu Zusammenstößen mit der Bevölkerung. In Kottbus sammelte die Volkspolizei am frühen Morgen Flugzettel ein, auf denen ebenfalls freie Wahlen gefordert wurden.

In einigen großen Betrieben wurde der Werkschutz alarmiert, als es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Funktionären kam. Die groß angekündigten Sonderschichten zum 7. Oktober wurden in fast keinem Werk eingehalten. Die Belegschaften leisteten passiven Widerstand, so daß die Sonderschichten nicht einmal die Höhe der normalen Durchschnittsleistung erreichten.

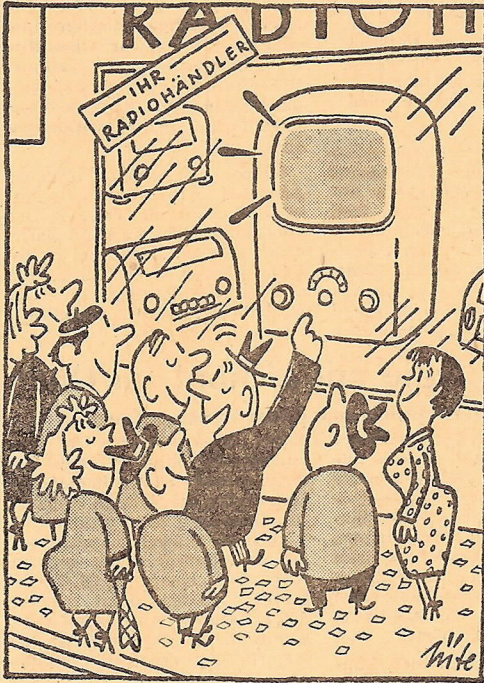
Neue Gewaltakte

Berlin (DPA). Nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses freirechtlicher Juristen haben sowjetische Soldaten in den letzten beiden Wochen in der Sowjetzone drei neue Morde verübt. Damit sei nach der vor einiger Zeit erfolgten Aufhebung des Fraternisierungsverbots für sowjetische Truppen der fünfte Mord durch Sowjets zu verzeichnen.

Neuer Bundestag im Fernsehen

Nur flüstern . . .

Keine Linientreuen



„... und det, wo nischt ist, sind die KP-Abgeordneten!“

Nach einem schweren Arbeitstag mußte ein ungarischer Arbeiter auch noch eine Versammlung der kommunistischen „Vaterländischen Front“ in seinem Wohnbezirk besuchen. Wütend ging er hin und nahm sich vor, den Funktionären dort einmal die Meinung zu sagen. Und während die Versammlung in der üblichen Langweiligkeit ihren Verlauf nimmt, der Redner über „die Pflichten des Arbeiters im sozialistischen Staat“ tönt, donnert plötzlich die Stimme des Arbeiters dazwischen: „Mörder, Räuber, Blutsauger...!“

Totenstille in der Saal. Einer nach dem anderen geht leise hinaus. Als sich der Arbeiter endlich beruhigt hat, ist nur noch der Vorstand im Raum. Da steht der Vorsitzende auf, klopfte dem Arbeiter auf die Schulter und sagt: „Gott sei Dank, daß kein Linientreuer unter uns war...“

„Szeczin“ unerwünscht?

„Es führt zu Mißverständnissen, ja, es ist geradezu falsch, wenn berichtet wird, 1945 hätten die Brände von Szeczin den Himmel nächtelang mit roter Leuchte überzogen. Und es wird paradox, wenn wir hören, daß es 1947 auf dem Wochenmarkt von Swinoujście zu Hungertumulten kam...“ Mit diesen Worten kritisiert das SED-Organ „Sächsische Zeitung“ vom 3. 10. 1953 ein Buch „Insel Uedom“ von dem sowjetzonalen Schriftsteller Hermann Heinz Wille. Nun, „Szeczin“ ist unser Stettin und „Swinoujście“ ist Swinemünde. Sollte man wirklich glauben, die SED würde sich endlich gegen die Polonisierung alter deutscher Städte auflehnen, etwa im „neuen Kurs“? Das SED-Organ hat nichts dergleichen vor. Es will nur darauf hinweisen, daß beide Städte nicht von der polnischen „Urbewölkerung“ auf diese Weise verbrannt oder durch Hungertumulte bekannt gemacht wurden, sondern unter, wie es schreibt, „preußischer“ Herrschaft.

Dennoch: diese Dialektik ist mehr als gefährlich. Zwischen den Zeilen liest ja doch jeder, daß es selbst der SED unbehaglich ist, die von dem Literaturzensor dem Autor abgehandelte „Umbenennung“ so frivol einem Publikum anzuzugehen . . .

Übrigens: Stettin wurde wirklich von Sowjets und Polen 1945 angezündet und Swinemünde in den Nachkriegsjahren vom Hunger seiner Bewohner gezeichnet,

Unerreichbare Zitronen

Daß es an der Stalinallee Zitronen zu kaufen gibt, hat sich bis in die entferntesten Gegenden der Sowjetzone herumgesprochen. Aber die Pankower Zitronen hängen unerreichbar hoch: die „DDR“-Bewohner brauchen eine behördliche Einreisegenehmigung, um diese Früchte pflücken zu können. Denn nach Berlin darf nur reisen, wer nachweisen kann, daß er dringende (politische) Geschäfte bei den sogenannten Regierungsdienststellen erledigen muß. Ein Dresdener Kabarett, das dieser Tage diese Zustände glossierte, erhielt den größten Beifall, den jemals Kabarettisten in dieser Stadt nach 1945 empfangen. Zitronen gibt es nicht

in der „DDR“, sondern nur in Ostberlin. Und die Zuhörer der Kabarettisten verstanden, daß mit jenen Stalinallee-Zitronen eigentlich die Lebensmittelpakete gemeint sind, die es in Westberlin gibt.

Also verboten SED-Kulturpolizisten dem Kabarett die Zitronenpunkte. Ihnen waren die Humoristen zu aktuell und der Beifall war ihnen zu demonstrativ. Wie aber, wenn sie nur traurig waren, weil ihnen selbst die Pankower Zitronen so unerreichbar erschienen, daß sie lieber denen, die davon sprachen, den Mund schlossen?

Dean: Zitronen in die Zone schicken — auf diesen „Ausweg“ verfielen sie nicht. Leider . . .

Achtung — es wird ferngesehen!

Erste Parlamentsübertragung aus Bonn

In Berlin und Westdeutschland hat man vor dem Fernsehschirm am Dienstag von 15 bis 16½ Uhr die erste Übertragung einer Bundestagsitzung erlebt; die erste Sitzung seit der Bundestagswahl. Ein Sprecher gab ruhig knappe Sachangaben. Bild und Ton taten das übrige und taten mehr.

Sie ließen tiefer sehen als es vom besten Tribünenplatz möglich gewesen wäre, etwa von oben her, wo die Diplomaten sich Reverenz erwiesen und dann kühl nebeneinander saßen.

Das vierfache Auge der Kamera sah scharf hin und jedesmal ward von der Schaltstelle das Bild auf den Sender gegeben, das gerade aus dem Interessanten das Wirksamste erwischte.

Da war zunächst eine unterrichtende Totale des Saales mit dem großen monumental Adler an der Stirnseite. Als die Alterspräsidentin, die 75jährige Berliner Abgeordnete Dr. Elisabeth Lüders, auf der Präsidententribüne Platz nahm, weilte die Kamera auf ihr. Während ihrer Gedenkansprache für Reuter schwenkte die Kamera auf den mit weißen Blumen umkränzten leeren Platz am Bundestagstisch. Sehr ernst, sehr beteiligt und in eindrucksvollem Schweigen nahm das weite Haus an der Trauer teil.

Während der Eröffnungsansprache von Frau Lüders schwenkte die Kamera über die Abgeordneten. Man sah aufmerksame und bloß höfliche Zuhörer, später auch solche, die in Briefen kramten, in Papieren lasen und in Taschen suchten und nicht gerade „ganz Ohr“ waren, bis der Beifall für Berlin als künftigem Sitz des Parlaments wieder alle zusammenfaßte.

Dann rief die Alterspräsidentin zur Wahl des Präsidenten an die Urne. Hier hielt die Kamera fast eine Stunde fest. Nach Aufruf trat jeder einzelne Abgeordnete vor und gab, sozusagen in Großaufnahme sichtbar, seine Stimme ab. Manche taten es geschäftlich kühl und selbstverständlich, andere ge-

wichtig in der Haltung des Staatsaktes. Junge und alte Abgeordnete, helle und dunkle Röcke, würdige Glätzen und junges Scheitelhaar, bebrillte Freundlichkeiten und aktions-sichere Jugend, jeweils begleitet durch den Sprecher, der die Parteifarbe und den Wahlbezirk angab.

Gleich der zweite Aufruf: Adenauer CDU Bonn. Beifall und Freude im Hause. Der künftige Kanzler warf mit Nachdruck seinen Stimmzettel in die Urne, lächelte freundlich und zuversichtlich zurück, so etwa, als habe er auf der Kegelbahn alle neun geworfen.

Theater-Regie mit „Knopf im Ohr“

Beleuchter werden mit Radar-Funk gesteuert

In der Hamburger Staatsoper werden seit einer Woche alle Beleuchter und Bühnenarbeiter ferngesteuert. Über Radar-Wellen hat der Regisseur sie ständig drahtlos an der Strippe. Mitten in der Vorstellung kann er aus seiner Loge Anweisungen quer durch den Zuschauerraum rufen, ohne daß das Publikum die „Kommandos“ hört.

Als erstes Theater der Bundesrepublik hat die Staatsoper in Hamburg diese Neuerung eingeführt. Der Ingenieur Carl Voigt hat das Hausfunksystem mit Radar-Wellen in jahrelanger Arbeit entwickelt. Das „Funkhaus“ dieser Miniaturanlage ist nicht größer als ein Reisekoffer. Es ist transportabel und kann an jedes Stromnetz angeschlossen werden. Die „Sendertürme“ sind Zwerge von kaum 40 Zentimeter Höhe, die Empfänger — von den Beleuchtern „Knopf im Ohr“ genannt — haben den Durchmesser einer

Erbsen. Sie werden ins Ohr eingesteckt. Ohne die daran angeschlossene 30-Zentimeter-Antenne wäre die winzige Apparatur überhaupt nicht sichtbar.

Auch die Schwerhörigenanlage der Hamburger Oper soll in Kürze auf „Knopf im Ohr“ umgestellt werden. Jetzt müssen diese Besucher noch Kopfhörer benutzen. Der Ingenieur ist dabei, für den winzigen Empfänger eine unsichtbare Antenne zu

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Theodor Heuss, ein Lebensbild

Weg und Werden einer politischen Persönlichkeit — so könnte man das Buch über Theodor Heuss benennen, das von Hans-Heinrich Welcherit (Athenäum-Verlag, Bonn, 232 Seiten, 7,80 DM) geschrieben wurde. Eine „politische Persönlichkeit“ ist ein Staatsoberhaupt fraglos, doch — so wird hier anschaulich aufgezeichnet — dieser Theodor Heuss ist mehr als Politiker schlechthin. Was ihn zum heutigen Reprä-

sentanten Deutschlands macht, ist alles andere als emporgestrebtes politisches oder gar parteiisches Spezialistentum; es ist vielmehr seine geistige Haltung, verbunden mit einem nüchternen Sinn für das Praktische, es ist einsatzbereite Glaubensfähigkeit und seine fundierte wissenschaftliche wie menschliche Bildung.

Eine Entwicklungsgeschichte, sehr persönlich zwar, aber bei-spielhaft und wegweisend.

schaffen. Wenn das gelingt, braucht keine Souffreuse mehr am Bühnenrand zu flüstern, sondern kann den Schauspielern den Text direkt ins Ohr sagen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.